

Die Reform der Arbeitslosenversicherung

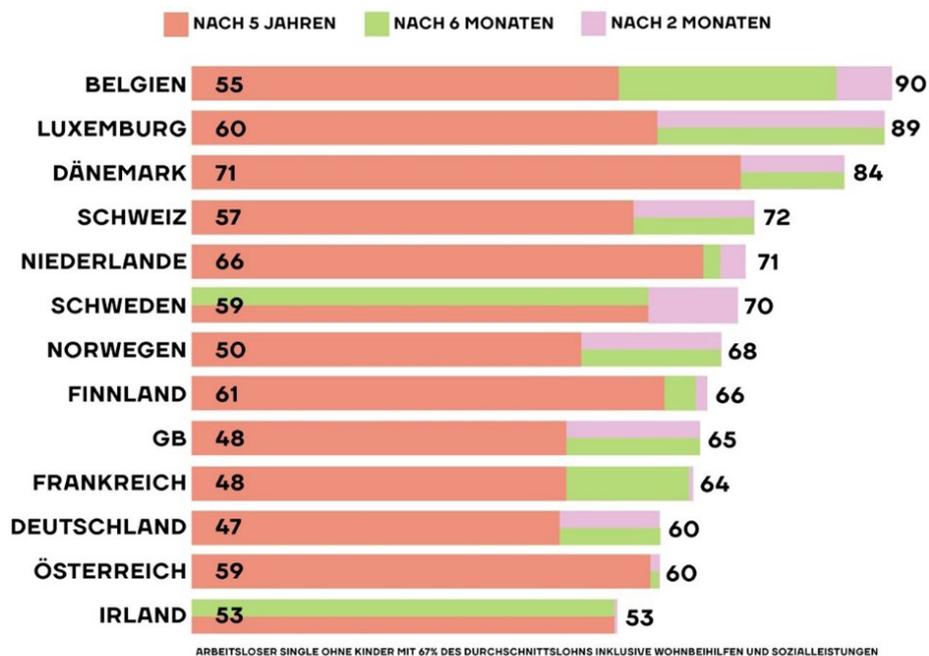
Eine Reform für Arbeitslose, nicht gegen sie

Arbeitsminister Kocher will bis Ende Juni 2022 eine Reform der Arbeitslosenversicherung vorlegen. Statt tatsächlicher Verbesserungen dürften aber nur kosmetische Veränderungen als politischer Minimalkompromiss übrigbleiben. Wie müsste die Reform für arbeitslose Menschen aussehen, damit sie deren Existenz besser absichert, und gleichzeitig die Vermittlung des AMS zwischen Arbeitslosen und Unternehmen effektiver abläuft?

/Abbildung 1: Arbeitslosenunterstützung im internationalen Vergleich

WOMIT ARBEITSLOSE AUSKOMMEN MÜSSEN

Leistungen für Arbeitslose in % des vorherigen Nettolohns



/Handlungsempfehlungen:

/ Das Arbeitslosengeld sollte von derzeit 55% des letzten Nettogehalts auf 70% erhöht werden, um die Armut unter Arbeitslosen abzumildern

/ Die Notstandshilfe permanent auf die Höhe des Arbeitslosengeldes aufstocken

/ Fokus auf Langzeitarbeitslosigkeit: Bundesweite Ausrollung des Jobgarantieprojekts „MAGMA“ des AMS NÖ. Wiedereinführung der Aktion 20.000, um Langzeitarbeitslosen eine Perspektive zu bieten.

/ Zuverdienst nur bei einer Erhöhung des Arbeitslosengeldes beschränken und mit Ausnahmen für Langzeitarbeitslose. Geringfügige Jobs aber sozialversicherungspflichtig machen.

/ Die Existenz sichern

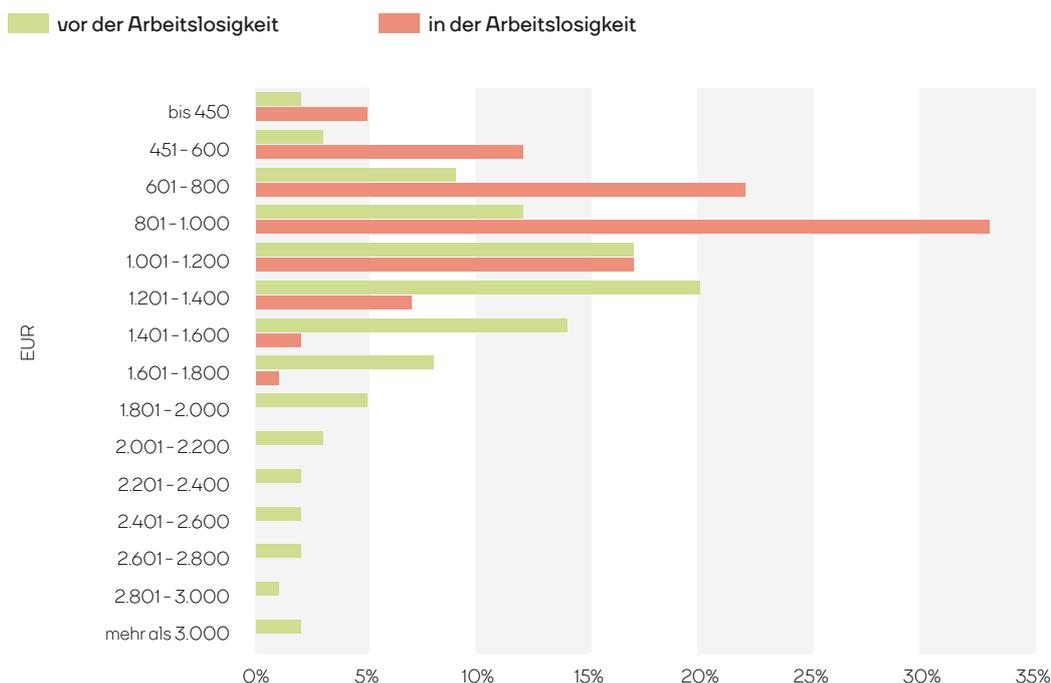
Das finanzielle Auskommen in einer schwierigen Zeit besser absichern

Was ist die Hauptaufgabe des Arbeitslosengeldes? Die Sicherung der Existenz für alle Menschen, die ihren Job verloren haben. Doch in Österreich versagt dieses Sicherheitsnetz noch zu häufig. Wer hierzulande arbeitslos wird, verliert von heute auf morgen rund 40% des Einkommens. Das ist mehr als anderswo. In vergleichbaren Ländern mit ähnlicher Wirtschaftsleistung und ausgebautem Sozialstaat verlieren arbeitslose Menschen zu Beginn weit weniger als in unserer Republik (Abbildung 1). Neun von zehn arbeitslosen Menschen in Österreich erhalten netto weniger als EUR 1.200 monatlich, zwölf Mal im Jahr (SORA/Momentum Institut, 2021). Das mittlere Arbeitslosengeld liegt bei knapp EUR 1.000 im Monat (AMS, 2022). Damit liegt das Einkommen fast aller Arbeitslosen unter der Armutsgefährdungsgrenze für Ein-Personen-Haushalte von EUR 1.371. Arbeitslose Menschen kommen ohne Ersparnisse kaum über die Runden. Nur weil manche von ihnen mit ihren Partnern oder Verwandten zusammenleben, können sie sich Kosten teilen oder vom Geld der Familie leben. Trotzdem leben viele arbeitslose Menschen entweder in Armut oder zumindest in Gefahr, in Armut abzurutschen. Selbst bei kurzer Dauer der Arbeitslosigkeit: Jeder fünfte Kurzzeit-Arbeitslose ist armutsgefährdet. Bei ganzjährig Arbeitslosen schnell die Quote hinauf: Unter ihnen ist bereits jeder zweite armutsgefährdet, wie Daten des EU-SILC (2020) zeigen. Das sind aktuell über 67000 Menschen im Land. Die aktuell rasante Teuerung verschlechtert ihre Kaufkraft weiter. Ein möglicher Wirtschaftseinbruch aufgrund des Krieges in der Ukraine oder steigender Energiepreise könnte ihre Chance zunichtemachen, wieder einen Job zu finden. Das eigentliche Ziel des Arbeitslosengeldes – der Grund, warum die Arbeitslosenversicherung ursprünglich eingeführt wurde – ist die Existenzsicherung. Dieses Ziel verfehlt das österreichische System der Arbeitslosenversicherung für zu viele Menschen.

Eine Lösung: Das Arbeitslosengeld nachhaltig erhöhen. Den Grundbetrag des Arbeitslosengeldes und der Notstandshilfe auf 70% des letzten Gehalts erhöhen. Für die durchschnittliche arbeitslose Person mit EUR 1000 im Monat bringt das rund 275 Euro mehr. Kein Wundermittel, das alle Probleme löst. Aber ein deutlicher Schritt in Richtung Existenzsicherung.

/Abbildung 2: Nettoeinkommen vor und während der Arbeitslosigkeit

Nettoeinkommen vor und während der Arbeitslosigkeit



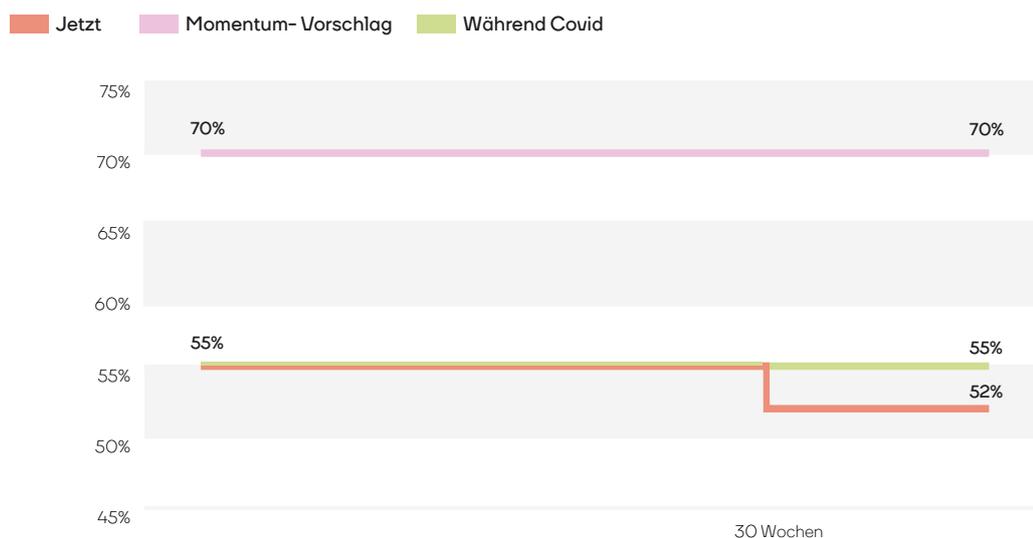
/ Das degressive Arbeitslosengeld, das am Ende weniger bezahlt, ist der direkte Weg in mehr Armut. Progressiv wäre besser.

Der Arbeitsminister hat das derzeitige Arbeitslosengeldmodell zur Debatte gestellt. Das Ziel ist eine Reform hin zu einem degressiven Modell. Die Theorie dahinter: Der steile Abstieg vom Erwerbseinkommen zum Arbeitslosengeld soll abgeschwächt werden, nach einer gewissen Dauer soll der Bezug im Vergleich zu bisher aber sinken. So werden arbeitslose Menschen eher gezwungen, jedes Arbeitsangebot anzunehmen – sei es noch so schlecht bezahlt, oder seien die Arbeitsbedingungen noch so mies. Das wahrscheinliche Ergebnis: Mehr Arbeitslose landen in prekären, schlecht bezahlten Jobs.

Sind Arbeitslose alle faul und wollen gar nicht arbeiten, wie das ein mancher Unternehmervorteiler behauptet? Seriöse empirische Studien finden das nicht. Fast alle Menschen wollen arbeiten. 82% der Arbeitslosen suchen sogar so schnell wie möglich wieder eine neue Beschäftigung (SORA/Momentum Institut, 2021). Jene, die das nicht auf Anhieb schaffen, sind einer gesellschaftlichen Stigmatisierung ausgesetzt. So fühlt sich fast die Hälfte der Befragten von Vorurteilen gegenüber Arbeitslosen direkt betroffen. Mehr als ein Drittel schämt sich dafür arbeitslos zu sein (SORA/Momentum Institut, 2021).

/ Abbildung 3: Drei Szenarien zum Arbeitslosengeld im Vergleich

3 Szenarien zur Höhe des Arbeitslosengeldes



Anmerkung: Exemplarisches Beispiel für durchschnittliche Arbeitslose. Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes sowie Höhe der Notstandshilfe hängen von mehreren Faktoren wie Alter und Beschäftigungsdauer ab.
Quelle: AMS

Dass ein degressives Modell Arbeitslose schneller in die Erwerbsarbeit bringe, ist für Österreich umstritten. Die jüngsten punktuellen Studien dazu finden widersprüchliche Ergebnisse: Für Arbeitslose um die 50 Jahre gab es keinen Effekt, für etwas Jüngere um die 40 Jahre einen minimalen. In den wenigen Studien, die es gibt, findet sich, wenn überhaupt nur eine geringe Wirkung. Inwieweit diese Studien auf Österreich übertragbar sind, ist jedoch fraglich (Der Standard, 2021). Österreichs Arbeitsmarkt hat einen großen Anteil an temporär Arbeitslosen mit Einstellungszusage (rund 40%). Das sind beim AMS „geparkte“ Arbeitskräfte, die, sobald ihre Saison wieder beginnt oder sich die Auftragslage bessert, wieder eingestellt werden. Der erwünschte Effekt nach einer schnelleren Arbeitsaufnahme durch ein degressives Arbeitslosengeld wird bei diesen Arbeitslosen kaum eintreten (Nekoei & Weber, 2020). Im Gegenteil, eine schwedische Studie kommt zum Ergebnis, dass in einem progressiven Modell, in dem die Bezugshöhe mit der Dauer der Arbeitslosigkeit steigt, die Menschen besser aussteigen würden (Kolsrud et al. 2018). Länger arbeitslose Personen haben wenig Einkommen und kaum mehr Ersparnisse. Sie müssen daher ihren Konsum enorm einschränken, was ihre Lebensqualität stark beschneidet. Wie wäre ein „progressiverer“ Verlauf für Österreich umsetzbar? Die Bundes-

regierung könnte die Notstandshilfe, die das Arbeitslosengeld nach einem Jahr ersetzt, auf oder über die Höhe des Arbeitslosengeldes anheben. Das würde arbeitslosen Menschen auch erlauben, länger nach einem passenden Job zu suchen, ohne sich permanent mit Existenzängsten herumschlagen müssen. Ein höheres, länger gewährtes Arbeitslosengeld kann die Qualität des gefundenen Arbeitsplatzes verbessern – zum Wohl der Mitarbeiter:in und des Unternehmens (Nekoei & Weber, 2017). Eine um neun Wochen verlängerte Bezugsdauer des Arbeitslosengelds geht einher mit durchschnittlich zwei Tagen länger in Arbeitslosigkeit, aber mit einem anschließend um 0,5% höheren Gehalt. Falls die Bundesregierung also nur begrenzte Budgetmittel einsetzen will, wäre eine Möglichkeit, die Notstandshilfe permanent auf die Höhe des Arbeitslosengeldes anzuheben. So wie das während der Corona-Krise ohnehin schon der Fall war.

/EXKURS WARTEFRIST

Um ein degressives Arbeitslosengeld zu etablieren, das aber den Staat nicht mehr kostet als bislang und gleichzeitig nicht unter die momentane Nettoersatzrate von 55% fällt, muss Bundesminister Kocher einfallsreich werden. Eine Reform, die mit all diesen drei Bedingungen vereinbar ist und zuletzt auch in der medialen Berichterstattung diskutiert wurde, ist das Einführen einer zweiwöchigen Wartefrist (Der Standard, 2022). Das würde bedeuten, dass Betroffene erst zwei Wochen nach Beginn der Arbeitslosigkeit Anspruch auf ein Arbeitslosengeld haben, dieses jedoch dann über dem heutigen Niveau von 55% liegt und danach wieder auf dieses abfällt.

Doch auch eine solche Wartefrist hat negative Konsequenzen für Arbeitslose, insbesondere für Kurzeitarbeitslose. Würde man allen Arbeitslosen eine zweiwöchige Bezugssperre zu Beginn ihrer Arbeitslosigkeit verordnen, könnte man danach für rund zweieinhalb Monate eine höhere Nettoersatzrate von 65 % des Letztgehalts finanzieren (derzeit 55 %). Für Arbeitslose, die länger als drei Monate arbeitslos sind, ändert sich somit insgesamt nichts – sie bekommen im ersten Monat viel weniger, dafür im zweiten und dritten Monat etwas mehr. All jene, die kürzer als drei Monate arbeitslos sind, steigen durch die Bezugssperre allerdings schlechter aus, trotz höherem Arbeitslosengeld danach. Je kürzer die Arbeitslosigkeit, desto größer der Verlust.

Wir wissen jedoch, dass Arbeitslose bereits jetzt viel stärker armutsgefährdet sind als die übrige Bevölkerung. Eine Senkung des Arbeitslosengeldes verschlechtert die Situation betroffener Menschen umso mehr. Sollte diese Wartefrist tatsächlich umgesetzt werden, braucht es Ausnahmen und Vorgriffsrechte auf das kommende Arbeitslosengeld für armutsgefährdete Personen.

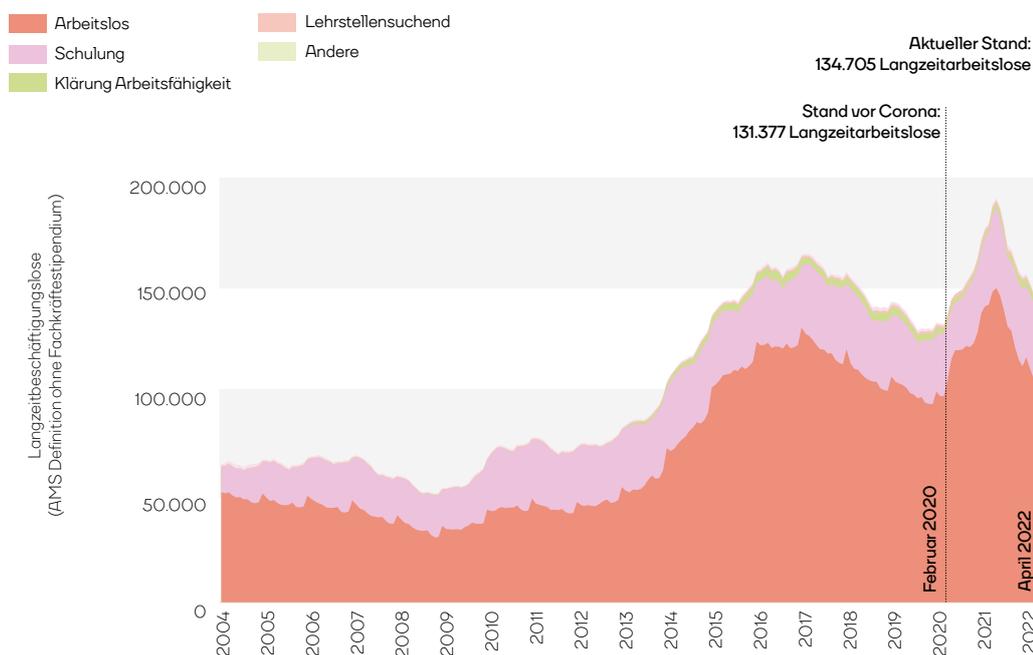
/ Langzeitarbeitslosigkeit beenden

Arbeit statt Arbeitslosigkeit finanzieren: Ein Jobangebot für jeden Langzeitarbeitslosen

Langzeitarbeitslose zählen zu den großen Verlierer:innen der Pandemie. Für sie war die Corona-Pandemie nicht nur gesundheitlich, sondern auch finanziell erst viel später nicht vorbei. Noch immer sind knapp 135.000 Menschen länger als ein Jahr arbeitslos, mehr als vor Corona. Während die Zahl der Arbeitslosen im April 2022 gegenüber April 2019 vor der Krise um 9,4 Prozent sank (ohne Kurzarbeit), stieg jene der Langzeitarbeitslosen seit Pandemiebeginn um 2,5 Prozent.

/ Abbildung 4:

Langzeitarbeitslosigkeit noch immer über Vor-Corona Niveau



Quelle: Arbeitsmarktdatenbank, Eigene Berechnungen

Im Jahr 2021 verzeichnete Österreich mit 4,1% die höchste Langzeitarbeitslosenquote in der Geschichte der 2. Republik. Eine von 25 Personen im erwerbsfähigen Alter ist von Langzeitarbeitslosigkeit betroffen. Jede vierte arbeitslos gemeldete Person ist mittlerweile langzeitarbeitslos. Ursache für den Anstieg war die Pandemie. Doch schon vorher war die Situation für Menschen, die über ein Jahr arbeitslos sind, nicht rosig. Langzeitarbeitslose bekommen eine schlecht laufende Wirtschaft als erste zu spüren. Ihre Chance auf einen Job sinkt mit der Dauer der Arbeitslosigkeit dramatisch. Ab acht Monaten drücken Unternehmen ihnen einen Stempel des Misstrauens auf. Zu Bewerbungsgesprächen werden sie nur mehr selten eingeladen. Bereits 16 Bewerbungen müssen sie im Schnitt schreiben, damit sie überhaupt zu einem Gespräch eingeladen werden (SORA/Momentum Institut, 2021). Der Hauptansatz der Bundesregierungen der letzten zehn Jahre war, private Unternehmen mit viel staatlichem Geld zu bitten, Langzeitarbeitslose für einige Monate einzustellen. Doch die Mitnahmeeffekte dieser Gelder sind hoch. Die Verdreifachung der Langzeitarbeitslosigkeit seit 2011 konnte es nicht verhindern. Der Abbau in Phasen der wirtschaftlichen Erholung gelang auch nur schleppend. Solange ein massiver, mehrere Jahre anhaltender Wirtschaftsaufschwung nicht sicher ist, braucht es daher auch öffentlich finanzierte Jobs für Menschen, denen private Unternehmen keine Chance mehr geben. Der Vorteil: Anstatt arbeitslose Menschen sich selbst zu überlassen, kann ihnen das AMS einen Job anbieten. Europaweit sind diese Programme auf dem Vormarsch. Luxemburg, Österreich, Griechenland, Deutschland, und Frankreich setzen größere oder kleinere Versionen in unterschiedlicher Form um (Antonopoulou et al., 2014; brandeins, 2016). Sie alle eint die Idee: Langzeitarbeitslose können etwas Nützliches zur Gemeinschaft beitragen. Als österreichische Vorbilder dient die trotz

großen Erfolges vorschnell abgebrochene Aktion 20.000 (Walch & Dorofeenko, 2020) oder auch das erfolgreiche Pilotprojekt MAGMA des AMS Niederösterreich, das die Langzeitarbeitslosigkeit in der Gemeinde Marienthal/Gramatneusiedl (noe.orf.at, 2021) abgeschafft hat. Die finanzierten Jobs entstanden bei Gemeinden, Ländern und im Bund oder bei gemeinnützigen Vereinen. So verdreifacht sich auch die Chance der so Beschäftigten auf eine Weitervermittlung in private oder andere öffentliche Jobs (Walch & Dorofeenko, 2020).

Die Lösung: Ein dauerhaft finanzierter „zweiter“ Arbeitsmarkt. Zu Beginn sollte er alle Menschen umfassen, die schon länger als fünf Jahre auf Arbeitssuche sind oder die schon älter als 55 Jahre sind. Schrittweise könnte er ausgebaut werden auf die notwendige Zahl an Stellen (zwischen 50.000 und 100.000).

/Zuverdienst

Die zur Debatte stehenden Kürzungen bei der Zuverdienstgrenze sind vor dem Hintergrund der hohen Armutsgefährdung arbeitsloser Personen besonders kritisch zu sehen. Viele Arbeitslose können sich mit einem geringen Zuverdienst ihr geringes Arbeitslosengeld etwas aufbessern und so Armut vermeiden. Ihnen diese Möglichkeit zu nehmen, ohne das Arbeitslosengeld auf ein Niveau zu heben, das Armut verhindert, treibt Menschen tiefer in die Armutsfalle. Außerdem können gerade Langzeitarbeitslose, die im Februar 2022 bereits 40% der Gesamt-Arbeitslosen ausmachten, mit einem Zuverdienst die für sie so wichtige Arbeitserfahrung sammeln und einer Stigmatisierung aufgrund der langen Arbeitslosigkeit entgehen. Eine Kürzung oder Abschaffung des erlaubten Zuverdienstes, könnte also Langzeitarbeitslosen den Wiedereinstieg in ein reguläres Beschäftigungsverhältnis erschweren.

Eine Kürzung oder gar Abschaffung der Zuverdienstgrenze sollte nur unter zwei Voraussetzungen angeordnet werden. Erstens müsste in diesem Fall gleichzeitig das Arbeitslosengeld auf 70% des letzten Nettomonatslohn erhöht werden, damit Arbeitslose besser vor Armut geschützt sind. Zweitens sollte es Ausnahmen für Langzeitarbeitslose geben, um ihnen den Wiedereinstieg ins Berufsleben nicht zu erschweren.

Sinnvoll wäre es jedoch, alle geringfügigen Jobs sozialversicherungspflichtig zu machen. So besteht kein Anreiz für Unternehmen, reguläre Arbeitsverhältnisse mittels einer geringfügigen Anstellung zu umgehen. Frauen, die sich mittels geringfügiger Jobs während der Kindererziehung etwas dazuverdienen, hätten damit mehr Pensionszeiten. Schlussendlich hätte auch die Sozialversicherung mehr Einnahmen, um die Leistungen für die Versicherten auszubauen.

/Mit mehr AMS-Personal schneller und besser vermitteln

Wie kann das AMS effektiver werden? Die Bundesregierung plant mehr Digitalisierung: Ein besseres Matching zwischen Fähigkeiten der Bewerber:innen und den angegebenen Anforderungen der Unternehmen. Es ist begrüßenswert, dass mit diesem „Skill-Matching“ Arbeitslose nicht mehr nur aufgrund ihrer formalen Ausbildung an Jobs vermittelt werden sollen, sondern vordergründig auf Basis ihrer erworbenen Fähigkeiten. Mit automatisierten Jobvorschlägen basierend auf Qualifikation und Interesse, können AMS-Mitarbeitende zusätzlich entlastet werden. Denn letzten Endes kann kein Computerprogramm den persönlichen Kontakt ersetzen. Es braucht einen Menschen, um zu verstehen, was manche Menschen zurückhält oder wo die individuellen Probleme liegen. Es braucht auch einen Menschen, um zu erklären, warum manche Unternehmer:innen überzogene Anforderungen oder zu niedrige Gehaltsvorstellungen haben. Das kann nur geschultes Personal: Die AMS-Mitarbeiter:innen begleiten die Personalverantwortlichen in Unternehmen und die arbeitssuchenden Menschen und erfüllen ihre Jobwünsche. Ein intensiver persönlicher Kontakt baut auch eine persönliche Beziehung zwischen Berater:in und Arbeitsuchender/m auf. Die entstandene Wertschätzung sorgt auch für Verbindlichkeit bei der Jobsuche. Umgekehrt kann ein Beziehung der Berater:innen mit Unternehmen bewirken, dass falsche Vorstellungen von Bewerber:innen oder Arbeitsbedingungen schneller korrigiert werden.

Wie können Jobsuchende qualitativ hochwertiger betreut werden und passendere Jobangebote erhalten? Durch einen Ausbau des Betreuungsangebots, einerseits durch mehr Personal und andererseits durch eine Reduktion des Verwaltungsaufwandes der bereits beschäftigten Mitarbeiter:innen des AMS. Das Ziel: Mehr verfügbare Zeit für häufigere Einzelberatung zwischen Berater:in und arbeitsloser Person oder personalverantwortlicher Person eines Unternehmens. Wie kann die Bundesregierung das gemeinsam mit dem AMS erreichen – gedeckt durch finanzielle Mittel?

/ Das Paket and Lösungen: Mehr Rechte für Arbeitslose

- / AMS-Kunden erhalten ein Anrecht auf eine volle Beratungsstunde in den ersten drei Monaten der Arbeitslosigkeit. Nicht mehr nur 15 Minuten wie bisher.
- / Ein vorgeschlagener Kurs des Beraters kann alle zwei Jahre abgelehnt werden (z.B. ein als unnötig empfundenes Bewerbungstraining)
- / Mit einem Kurs-Gutschein kann man sich aussuchen, welche der arbeitsmarktpolitischen Kurse man aus dem Programm des AMS belegen will.
- / Ein Recht auf eine Umschulung in einem Beruf mit Chancen am Arbeitsmarkt (einmal im Leben), auch wenn der alte Beruf selbst gute Arbeitsmarktchancen verspricht. So soll eine Köchin, die ihren Beruf hasst, mit einer AMS-Umschulung zur Pflegekraft werden können. Bisher ist das nicht möglich.
- / Jobstandards heben: Keine Vermittlung auf Jobs, die unter Kollektivvertragsniveau bezahlen oder bei denen die ausgeschriebene Stellenbezeichnung über der Gehaltshöhe im Kollektivvertrag liegt (falsche Einstufung). Eine Extra-Zeile in der alle.jobs Webseite des AMS, in der die Überzahlung konkret angegeben werden kann, und nach der sich suchen lässt.
- / Mehr Zeit der Amtsärzte für bessere medizinische Gutachten zur Arbeitsfähigkeit von arbeitslosen Menschen, die schwer krank sind. Rasch eine Entscheidung zwischen Pension und Arbeitslosigkeit treffen, damit Betroffene nicht im Kreis zwischen Amtsarzt, PVA und AMS geschickt werden.

Mehr Betreuung und Verbindlichkeit durch das AMS

- / Mehr Personal beim AMS, um eine intensivere Betreuung und Beratung der Arbeitslosen zu ermöglichen. Durch häufigere Termine bei dem/r selben Berater:in, können sich diese besser auf die individuellen Fähigkeiten der Klienten konzentrieren und passendere Job- oder Weiterbildungsangebote finden
- / Eine Intensivbetreuung, bevor das Stigma der Langzeitarbeitslosigkeit einsetzt (meist ab 8 Monaten)
- / Digitalisierung: Automatisierte Jobvorschläge für Arbeitslose automatisch zugestellt an E-Mail oder Handy der arbeitslosen Person

/ Referenzen

AMS (2022). Arbeitsmarktdaten Sonderauswertung: Tagessätze und Bemessungsgrundlage.

Antonopoulou, R./Adam, S./Kim, K./Masterson, T./Papadimitriou, D. (2014): Responding to the unemployment challenge: a Job Guarantee proposal for Greece. The Levy Economics Institute/Observatory of Economic and Social Developments, Labour Institute, Greek General Confederation of Labour.

Brand eins (2016). Und es bewegt sich doch. Online: <https://www.brandeins.de/magazine/brand-eins-wirtschaftsmagazin/2016/geschmack/und-es-bewegt-sich-doch> [Zugriff: 24.03.2022]

Der Standard (2021). Arbeitsmarktökonomin: „Höheres Arbeitslosengeld zu Beginn würde verpuffen“. Online: <https://www.derstandard.at/story/2000130891018/arbeitsmarktökonomin-hoeheres-arbeitslosengeld-zu-beginn-verpufft> [Zugriff: 19.05.2022]

Der Standard (2022). Degressives Arbeitslosengeld, Wartezeiten? Was die Arbeitsmarktreform bringen könnte. Online: <https://www.derstandard.at/story/2000133089891/degressives-arbeitslosengeld-wartezeiten-was-die-arbeitsmarktreform-bringen-koennte> [Zugriff: 31.03.2022]

Kolsrud, J., Landais, C., Nilsson, P., & Spinnewijn, J. (2018). The optimal timing of unemployment benefits: Theory and evidence from Sweden. *American Economic Review*, 108(4-5), 985-1033.

Muckenhuber, M. (2021). Arbeitskräftemangel, hausgemacht. Momentum Institut. Policy Brief 10/2021. Online: https://www.momentum-institut.at/system/files/2021-10/moment_policybrief_1021_20211008.pdf

Nekoei, A. and Weber, A. (2017). Does Extending Unemployment Benefits Improve Job Quality? *American Economic Review*, 107 (2): 527-61.

Nekoei, A and Weber, A. (2020). Seven Facts about Temporary Layoffs. London, Centre for Economic Policy Research. https://cepr.org/active/publications/discussion_papers/dp.php?dpno=14845

Noe.orf.at (2021). Projekt: „Keine Langzeitarbeitslosen mehr“. <https://noe.orf.at/stories/3129833/> [Zugriff: 11.03.2022]

SORA/Momentum Institut (2021). Zur Situation von Arbeitslosen in Österreich 2021. Wien

Statistik Austria (2020). Durchschnittliche Höhe des Arbeitslosengeld- und Notstandshilfetragsatzes 1990 bis 2020. Online: http://www.statistik.at/wcm/idc/idcplg?IdcService=GET_PDF_FILE&RevisionSelectionMethod=LatestReleased&dDocName=020063

Walch, D., & Dorofeenko, V. (2020). Untersuchung der fiskalischen Effekte der Beschäftigungsaktion 20.000, Endbericht, Institut für Höhere Studien, Wien

Weber, A. (2021). Ist das österreichische Arbeitslosengeld zu großzügig? Die Presse: <https://www.diepresse.com/6038529/ist-das-oesterreichische-arbeitslosengeld-zu-grosszuegig> [Zugriff: 21.03.2022]

/ Kontakt

/ Momentum Institut
Märzstraße 42/1, 1150 Wien, Österreich
kontakt@momentum-institut.at

www.momentum-institut.at

